

Gesprächskultur statt Bürokratendeutsch

Bürger und Verwaltung testen neue Wege der Beteiligung

Im **Lüneburg**: Bürgerbeteiligung kann viel mehr sein als über die Erhöhung der Kita-Gebühren zu informieren oder bei der Verlegung der Bushaltestelle mitzureden. „Echte Bürgerbeteiligung entwickelt eine Gesprächskultur auf Augenhöhe“, sagt Annegret Kühne vom Projektbüro DialogN. Werte wie Vertrauen, Ehrlichkeit und Kritikfähigkeit seien entscheidend. Um eine nachhaltige Stadtentwicklung anzustoßen, hat sie zusammen mit ihrem Kollegen Thore Debor eine neue Form der Beteiligung initiiert. Rund 30 Bürger, Verwaltungsmitarbeiter und Politiker kamen zur

ersten Versammlung im Freiraum. Das Bundesforschungsministerium fördert das Projekt „Zukunftswerkstatt“.

Eine quer durch den Raum gespannte Ideenwäscheleine steht dort beispielhaft für das Experiment: Auf die Frage, was sie mit einer nachhaltigen Stadtentwicklung assoziieren, antworteten die Teilnehmer mit der „Nutzung von lokalen Ressourcen“, einem „freien Zugang zu Stadträumen“, der „Entsiegelung von Flächen“ oder „städtischer Ernährungssouveränität“. Schon zu Beginn der Versammlung war damit klar, dass diese anspruchsvollen Ziele mit

ein paar Unterschriftenlisten und Anhörungen nicht zu erreichen sein werden.

„Das können wir nicht vom Schreibtisch aus entscheiden, dafür brauchen wir Bürgerbeteiligung“, wertet Markus Moßmann, Dezernent der Stadt, den Prozess hin zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Ein Dialog zwischen Verwaltung und Bürgerschaft könnte den Erwartungen schon eher gerecht werden. Für Dr. Karl-Heinz Rehbein, seit einem halben Jahr Nachhaltigkeitsbeauftragter für die Stadt Lüneburg, ist das „Einzigartige“ an dem neuen Beteiligungsprozess, dass die

Bürgerbelange in die Verwaltung transportiert werden und er damit „bottom-up“, also von unten nach oben, funktioniert.

Im Gegensatz dazu sind die Handlungsspielräume gängiger Beteiligungsverfahren begrenzt. Ihr Ablauf ist per Gesetz geregelt. Ziele und Interessen bleiben oft verdeckt hinter der Bürokratensprache und dem üblichen Schlagabtausch. Nicht selten kommen Beteiligte auf allen Seiten emotional an Grenzen. Man gerate schnell in die Situation, sich rechtfertigen zu müssen, beschreibt Moßmann die unangenehme Seite konventioneller Verfahren.

Für Rehbein ist die strenge Rollenaufteilung ein Hindernis für echten Austausch. „Ich möchte, dass wir uns als Menschen gegenüber treten, nicht als Institutionen“, betont er. Er sei nicht nur Mitarbeiter in der Kommunalverwaltung, sondern auch als Person zur Versammlung gekommen.

Spielregeln und Selbstverständnis standen im Mittelpunkt dieses Auftakts. Im monatlichen Turnus sollen die Gespräche fortgesetzt und konkretisiert werden. Das nächste Dialogforum findet am 20. November um 19 Uhr im Freiraum an der Sülztorstraße statt.